



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at
Steirische Volksstimme

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen 19.6.2012 und 03.7.2012

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



„Nicht genügend“ für Grossmanns Kahlschlag bei steirischen Schulen

Klimt-Weithaler zeigt vor endgültigem „Schluss“ noch einmal die Konzeptlosigkeit der Schulschließungen auf

Unter Beteiligung von Schulkindern, Eltern und LehrerInnen zeigt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler Montag Vormittag im Grazer Landhaushof auf, wie die steirische Schulpolitik unter Landesrätin Elisabeth Grossmann (SPÖ) funktioniert.



„Nicht genügend“ für Grossmanns Kahlschlag bei steirischen Kleinschulen



Klimt-Weithaler: „Obwohl das lange angekündigte Schulentwicklungskonzept noch immer nicht vorliegt, erhält eine steirische Schule nach der anderen einen Schließungsbescheid. Lange Schulwege für die Kinder, verlorene Infrastruktur für die Gemeinden, Verlust der hohen Qualität an den Kleinschulen: All das geht ohne inhaltliche Grundlage verloren. Die Schulen werden

einfach geschlossen, die Idee dahinter wird dann schriftlich nachgereicht.“ Die KPÖ-Abgeordnete brachte das Schulentwicklungskonzept Grossmanns aktionistisch auf den Punkt, in dem mehrere Karton-Versionen steirischen Schulen im Altpapier versenkt wurden. Anschließend stellten die Anwesenden Eltern und Kinder der steirischen Bildungslandesrätin zum Schul-

schluss ein Zeugnis aus. Alle waren sich einig: Diese Schulpolitik ist „Nicht genügend!“ Angeblich sollen die Schließungen der Verbesserung der Qualität dienen, wofür aber bisher keine Anhaltspunkte genannt werden konnten. Sicher ist nur, dass viele steirische Kinder und

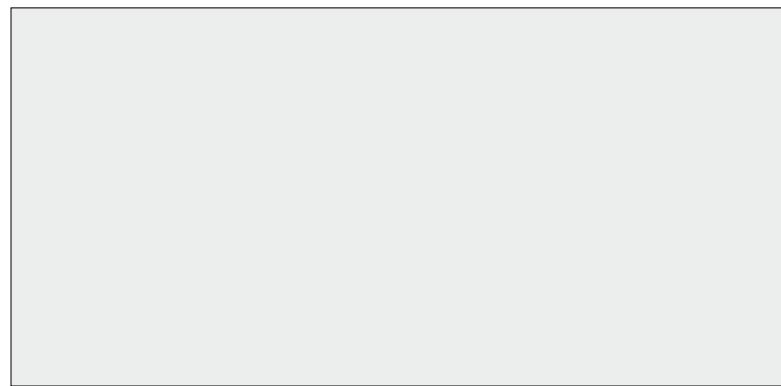
Jugendliche künftig sehr lange Schulwege auf sich nehmen müssen und die Menschen in den ländlichen Regionen unseres Bundeslandes weiter an den Rand gedrängt werden. Auch die Eltern müssen mit zusätzlichen Belastungen rechnen.

Verkehrsverbund

Mitte Juni wurde bekannt, dass die ÖBB ihre Ticketpreise nach kurzer Zeit erneut erhöhen. Einen Tag später erfolgte der nächste Paukenschlag: Die Steiermark wird mehr als 5 Prozent der Postbus-Verbindungen verlieren. Kritik daran kommt von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Alle

Versuche, die Menschen vom Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu überzeugen, sind so zum Scheitern verurteilt. Die Verbundtarife steigen im Jahresrhythmus und die Streichung von Verbindungen führt zu einer immer größeren Ausdünnung des Angebots, besonders im ländlichen Raum.“

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA 8020 Graz VNr: 07Z037205



Gefährliches Spiel Edlinger-Ploders mit steirischen Krankenhäusern

Werner Murgg: „Tarnen und Täuschen statt seriöser Antworten“

Die steirische Gesundheitspolitik ist von einem noch nie dagewesenen Kahlschlag geprägt: Einzelne Abteilungen und ganze Krankenhäuser werden geschlossen, das Grazer LKH West soll sogar privatisiert werden. Darauf verwies KPÖ-LAbg. Werner Murgg im Rahmen seiner Dringlichen Anfrage an Gesundheitslandesrätin Edlinger-Ploder am 19. Juni.

Nicht nachvollziehbare Vereinbarungen und schlechte Ratschläge von Consultingfirmen haben offenbar ein riesiges Loch ins Gesundheitsressort gerissen. Den Rat habe die KAGes von einer Beratungsfirma bekommen, obwohl die haus-eigene Rechtsabteilung das genaue Gegenteil vorgeschlagen hatte. Edlinger-Ploder leugnete in ihrer Beantwortung die Existenz dieses Beratungsauftrages – stattdessen habe die Consultingfirma lediglich „die Verhandlungen zur Zusammenarbeitsvereinbarung begleitet und bei der Erstellung des Business-Planes zur Zusammenarbeitsvereinbarung mitgewirkt.“

Auch die meisten anderen Fragen wurden ähnlich ausweichend beantwortet: „Statt auf die Probleme und die Fragen einzugehen, glaubt die Landesrätin, sich mit Tarnen und Täuschen aus der Affäre ziehen zu können. Dabei wird auch im Bereich der KAGes ein Beratungssumpf sichtbar, der viel Geld verschlingt, das dann



Viele Interessierte kamen aus Sorge um die Zukunft des steirischen Gesundheitswesens am 19. Juni ins Landhaus.

beim Personal und bei den PatientInnen fehlt. Dafür wird von diesen Firmen bestimmt das von der Politik erwünschte Ergebnis geliefert“, so Werner Murgg.

„Edlinger-Ploder soll endlich die Wahrheit sagen!“

In ihrer Beantwortung einer Dringlichen Anfrage der KPÖ am 19. Juni hat Spitalslandesrätin Edlinger-Ploder offenbar wichtige Informationen zurückgehalten und durch irreführende Antworten zu einer Verschleierung der Vorgänge innerhalb der KAGes beigetragen. Das sagte KPÖ-LAbg. Werner Murgg in Reaktion auf einen Medienbericht einige Tage nach der Landtagssitzung.

Im erwähnten Bericht ist von einem Plan der Beratungsfirma Ebner/Hohenauer die Rede, der ein Konzept für

einen grundlegenden Umbau des steirischen Krankenhauses im Sinne der „Reformpartnerschaft“ beinhaltet. Obwohl einige Fragen auf genau diesen Umstand abgezielt haben, wurden alle relevanten Informationen zurückgehalten. LAbg. Murgg: „Auf Kosten des medizinischen Personals soll eine Aufblähung der Managementstrukturen erfolgen.

Die Beschäftigten und der Betriebsrat lehnen dieses Modell strikt ab. Die Vorgänge im Gesundheitsressort, insbesondere im Zusammenhang mit den Beratungsverträgen, werden immer mysteriöser. Hier muss eine Aufklärung erfolgen, dafür werden wir uns auch im Landtag einsetzen.“

Scharfe Kritik übte Werner Murgg an den Finanzspekulationen der Landesregierung: „Der Gipfel der Inkompetenz dieser unsäglichen „Reformpartnerschaft“ ist die einst viel gepriesene KIG-Anleihe, die zwar kurzfristig Geld in die Landeskassa gespült hat, jetzt aber das Gesundheitswesen an den Rand des Ruins treibt. Nicht die Krankenhäuser kommen zu teuer, sondern die Komplizenschaft von SPÖ und ÖVP ist es, die das ganze Land an den Rand des Abgrunds treibt. Hier wird ein gefährliches Spiel mit den steirischen Krankenhäusern gespielt.“

Einsatz für Gebärstation Voitsberg



Volle Unterstützung für das geplante Bezirksvolksbegehren zur Erhaltung der Gebärstation im LKH Voitsberg kommt von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Die Landtagsabgeordnete überreichte Spitalslandesrätin Edlinger-Ploder im Rahmen der Landtagssitzung am 3. Juli erneut hunderte Postkarten mit Unterschriften, mit denen sich Menschen aus der Region für den Erhalt der hervorragenden Geburtshilflichen Abteilung einsetzen. Die Karten zeigen Babys und tragen die Aufschrift „Geboren in Voitsberg“ – das soll bald der Vergangenheit angehören, wenn es nach der Landesregierung geht.

Nulllohnrunde bei Vereinigten Bühnen

Nach den Landes- und Gemeindebediensteten trifft es die Beschäftigten der Vereinigten Bühnen: Die Landesregierung verordnet eine Nulllohnrunde. Die BühnenarbeiterInnen in allen anderen Bundesländern erhalten eine bescheidene Gehaltserhöhung. Ein KPÖ-Antrag, das Thema im Landtag zu behandeln, wurde aus formalen Gründen abgelehnt. Klimt-Weithaler: „Im Gegensatz zu den Mitgliedern der Landesre-

gierung sind die Beschäftigten der Oper und des Schauspielhauses keine Großverdienerinnen und Großverdiener. Viele haben nicht mehr als 1100 bis 1200 Euro. So wird das Land zwar seine Budgetprobleme nicht lösen, aber mit Sicherheit viele in die Abhängigkeit von Sozialleistungen treiben, die nicht nötig wären, würden die Beschäftigten nicht so gering bezahlt.“



Sozialressort: Wie lange kann sich Regierung Chaos noch leisten?

KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler: „Land treibt Behindertenverbände in den Ruin“

Eine Leistungsverordnung, die die Behindertenverbände sehenden Auges in den Ruin treibt; teure Studien, die geheim gehalten werden; teilweise rechtswidrige Arbeitsbedingungen und Beamten, die von höherer Stelle unter Druck gesetzt werden; menschenrechtswidrige Zustände im Bereich der Betreuung von Menschen mit Behinderungen: So sieht die steirische Sozialpolitik im zweiten Jahr der selbst ernannten „Reformpartnerschaft“ aus. Das betonte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, nachdem am Dienstag neue Details über die Vorgangsweise im Sozialressort bekannt wurden.

„Viele der Vorwürfe sind schon lange bekannt. Soziallandesrat Schrittwieser hat immer alles heruntergespielt, obwohl er von den Missständen wissen muss. Auf viele Betroffene wurde offenbar Druck ausgeübt, zu schweigen – nun steht auch Mobbing und Amtsmissbrauch im Raum. Landeshauptmann Voves muss sich die Frage stellen, wie lange er hier noch zuschauen will. Im Ressort herrschen offenbar chaotische Zustände, die nahelegen, dass der Ressortverantwortliche überfordert ist“, so Klimt-Weithaler.

Die KPÖ-Abgeordnete weist darauf hin, dass bereits

beim jetzt geltenden Budget eine gesetzeskonforme Vorgangsweise nicht mehr möglich ist. Ab 2013 will die Regierung noch einmal mindestens 100 Millionen pro Jahr kürzen.

Klimt-Weithaler: „Es bestätigt sich auch, dass der soziale Kahlschlag die Budgetprobleme nicht lösen kann. Das Land kann nie so viel einsparen, um seine Schulden abzubezahlen. Diese sind das Ergebnis von jahrzehntelanger Geldverschwendung

und falscher Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und EU. Auf Kosten von Menschen mit Behinderung soll jetzt der Schaden repariert werden, den die neoliberale Politik angerichtet hat. Nur noch eine entschiedene Gegenwehr der Betroffenen, ob auf der Straße oder in der Wahlzelle, kann etwas daran ändern. Die Großparteien haben längst bewiesen, dass sie gegen Argumente und Fakten immun sind.“

WOHNBAUMITTEL: Zweckbindung ist Gebot der Stunde

Werner Murgg: „Die Zeit drängt, leistbarer Wohnraum wird immer knapper“

Durch die jahrelange Zweckentfremdung von Mitteln der Wohnbauförderung zur Stopfung von Löchern im Landesbudget ist die Zahl der aus diesem Topf errichteten Wohnungen seit Jahren stark rückläufig. Darauf wies KPÖ-LAbg. Werner Murgg am Dienstag hin.

Die KPÖ hat einen Antrag eingebracht, der das Land zu einer Zweckbindung dieser Mittel verpflichten soll. „Die Zeit drängt, denn leistbarer Wohnraum wird immer knapper“, so Murgg. „Vor wenigen Jahren wurden noch 2.500 geförderten Wohneinheiten pro Jahr errichtet, jetzt sind es nur noch 1.400. Diese Entwicklung fördert auch die Spekulation mit Immobilien und treibt die Preise bestehender Wohnungen in die Höhe.“

Die EinwohnerInnenzahl im Ballungsraum Graz steigt kontinuierlich und rasch, ebenso wie der Mietzins auf dem freien Wohnungsmarkt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das eine hochproblematische Situation, da auch bei der Wohnbeihilfe massive Kürzungen erfolgten und auch

künftig zu erwarten sind. Der einzige Ausweg ist die gesetzliche Zweckbindung der Wohnbaumittel des Landes – was in der vergangenen Periode auch von der SPÖ als Forderung formuliert wurde.

Die KPÖ fordert die Landesregierung folglich in einem Antrag auf, dem Landtag unverzüglich eine Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes vorzulegen, mit der die Zweckbindung der vom Bund zur Verfügung gestellten Wohnbaumittel für den sozialen Wohnbau landesgesetzlich verankert wird.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantwortl. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 06000008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Mahnwache vor dem Landhaus



Mit einer Mahnwache vor dem Landhaus in der Hergengasse prangerte die Plattform 25 am 15. Juni vor dem Grazer Landhaus die unmenschliche Behindertenpolitik der Landesregierung an. Die Streichung der Sozial- und Lernbetreuung sowie der Entwicklungsförderung verstoßen sogar gegen die UN-Kinderrechtskonvention und stellen somit eine Menschenrechtsverletzung dar. Konkret geht es darum, dass Betroffene, die derzeit in Integrativen Wohngemeinschaften leben, künftig in Heime

abgeschoben werden sollen. „Die Unterbringung in einem Wohnheim kostet viel mehr als die Assistenzleistungen in einer Integrativen Wohngemeinschaft“, betont Plattform-25-Sprecher Gerhard Zückert.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler nahm an der Mahnwache teil und wies in ihrer Rede darauf hin, dass die Steiermark noch vor wenigen Jahren Vorreiter in der Behindertenpolitik war und jetzt auf den Stand vergangener Jahrzehnte zurückfällt.

Alternativen zur Umweltzone

Im Rahmen der Dringlichen Anfrage zum Thema Feinstaub am 3. Juli brachte die KPÖ den Antrag ein, der gesundheitsgefährdenden Situation im Großraum Graz mit wirkungsvollen Maßnahmen zu begegnen statt mit der wirkungslosen, aber sozial diskriminierenden Umweltzone. Die KPÖ-Vorschläge für Alternativen zur Umwelt-

zone enthalten die Forderung nach einer kostenlosen Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel. Dann könne auch über ein Fahrverbot an Überschreitungstagen für alle Fahrzeuge gesprochen werden, alternierend nach Endziffer des Kennzeichens. Keine der anderen Parteien unterstützte den Antrag.

25 Mio. Euro für Beratungsverträge

Nach monatelangen Auseinandersetzungen wurde im Kontrollausschuss am 12. Juni endlich die Liste jener Personen und Firmen präsentiert, die in den vergangenen Jahren Beratungsleistungen für das Land Steiermark erbracht und dafür fast 25 Mio. Euro kassiert haben. Details wurden in den Medien veröffentlicht.

LAbg. Murgg, Kontrollsprecher der KPÖ und Vorsitzender des Kontrollausschusses: „Die detaillierte Prüfung des 190 Seiten langen Berichts wird viel Zeit in Anspruch nehmen. Die Landesregierung muss aber sofort Lehren aus der Affäre ziehen und endlich klare Regeln festlegen. Bisher erfolgte die

Vergabe solcher Aufträge völlig willkürlich, wobei das Geld bedenkenlos ausgegeben wurde.“

Die KPÖ hat dem Landtag unter anderem folgende Vorschläge und Forderungen zum künftigen Umgang mit Beratungsverträgen unterbreitet:

- Beratungsverträge dürfen nur vergeben werden, wenn das zuständige Regierungsmitglied begründen kann, warum ein Auftrag nötig ist und nicht im Rahmen der Landesverwaltung erledigt werden kann.
- Die Kosten für derartige Leistungen müssen limitiert sein und dürfen nicht der Geheimhaltung unterliegen. Firmen und Personen, welche Beratungsleistungen erbringen, erklären sich einverstanden, dass Inhalt und Umfang der Leistung

offengelegt werden. Dadurch fällt das Argument des Datenschutzes weg, mit dem die Regierungsparteien die Veröffentlichung der Liste verhindern wollten.

- Oft wäre es kostensparender und vor allem auch qualitativ besser, statt teuer und letztlich oft unverbindlicher Beratungsleistungen auf verlässliches und kompetentes Personal zurückgreifen zu können, das nicht unter Druck steht, ein bestelltes Ergebnis liefern zu müssen, um Folgeaufträge



nicht zu verlieren. Diese Forderungen wurden im Landtag von SPÖ, ÖVP und teilweise auch von der FPÖ abgelehnt.

Arbeiten bis 67?

„Peinlicher Auftritt von Befehlsempfänger Schützenhöfer“

Anfang der Woche hatte die AOECD gefordert, das Pensionsalter auf 67 Jahre zu erhöhen. Sonst wären die Profite der Konzerne nicht mehr in der gewohnten Höhe zu realisieren. Was wie ein schlechter Scherz klingt, wurde nun umgehend von ÖVP-„Reformpartner“ Hermann Schützenhöfer aufgegriffen.

Schützenhöfer, der monatlich mehr als 15.000 Euro kassiert, forderte umgehend eine Nulllohnrunde für Pensionisten sowie die Anhebung des Pensionsantrittsalters auf 67.

Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ, übt scharfe Kritik an diesen Vorstößen: „Schützenhöfer soll uns einmal erklären, wo all diese Arbeitsplätze herkommen sollen. Wer sein Leben lang ein gut abgesichertes Funktionärsdasein geführt hat, hat leicht reden. Wenn Schützenhöfer seine eigenen Aussagen ernst nehmen würde, müsste er bis 2019 arbeiten. Hoffentlich sucht er sich dafür einen anderen Job.“

Die Arbeitslosigkeit nimmt in vielen EU-Ländern erschreckende Ausmaße an. Noch schlimmer sind die Zukunftsaussichten Jugendlicher. Eine

Anhebung des Pensionsantrittsalters würde die riesigen Probleme am Arbeitsmarkt wesentlich verschärfen.

Es gibt auch keinen Grund, das Pensionsalter anzuheben. „Niemand müsste so lange arbeiten, wären Arbeit und Vermögen gerechter verteilt. Die Produktivität unserer Wirtschaft ist hoch genug. Mit einer längeren Lebensarbeitszeit sollen die arbeitenden Menschen nicht ihre eigenen Pensionen, sondern die Profite von Konzernen, Banken und Versicherungen finanzieren. Schützenhöfer wurde nicht gewählt, um als Befehlsempfänger der OECD peinliche Auftritte zu liefern, sondern um die Interessen steirische Bevölkerung zu vertreten. Wenn er das anders sieht, hätte er das sagen sollen, bevor er sich der Wahl gestellt hat“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Hundesteuer

Als einzige Fraktion stimmte die KPÖ gegen die Erhöhung der Hundesteuer. KPÖ-LAbg. Werner Murgg begründet dies folgendermaßen: „Auch wenn die Vorschläge zum Teil sinnvoll sind, ist es nicht einzusehen, dass für die meisten Betroffenen unterm Strich wieder eine Gebührenerhöhung überbleibt. Die Politik treibt die Menschen sehenden Auges in die Armut und beklagt dann steigende Sozialausgaben. Sollen die Betroffenen ihre Hunde jetzt ins Tierheim bringen?“

Veranstaltungsgesetz

Nicht nur ein Gutachten, auch Äußerungen von hochrangigen Juristen im zuständigen Ausschuss des Landtages lassen erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass die Neufassung des Veranstaltungsgesetzes verfassungskonform ist. Die KPÖ forderte am 3. Juli daher die Neuverhandlung des Gesetzes unter Einbeziehung aller Fraktionen, VerfassungsexpertInnen und Betroffenen, SPÖ und ÖVP lehnten aber jede Diskussion ab.

